

KLAUS KUNZE / DEUTSCHE ZUKUNFT – LUFTSCHLOSS ODER REALITÄT

Die christlich-liberale Mehrheit in Bonn und Berlin schafft Fakten. Durch institutionelle Verflechtung mit Westeuropa und weitgehende Aufgabe neu gewonnener Souveränitätsmerkmale soll Deutschland dem liberalistisch geprägten Westen ein für allemal einverleibt werden. Jedes Mittel ist dabei recht, von der militärisch nicht mehr begründbaren Stationierung westlicher Truppen auf deutschem Boden über Hoheitsbefugnisübertragung auf europäische Institutionen bis zum Verzicht auf das im Grundgesetz noch genannte Volk zugunsten einer wie auch immer gearteten multikulturellen Gesellschaft. Während der regierende Liberalismus bemüht ist, unumkehrbare Fakten zu schaffen, ist der Kampf um unseren geistigen Standort und damit um die künftige Existenz Deutschlands als mit sich selbst identischem Subjekt der Weltgeschichte in voller Schärfe entbrannt.

Bei näherer Betrachtung erweist sich sowohl die so gern bemühte westliche Wertegemeinschaft als Phantom, wie umgekehrt ein angeblicher deutscher Sonderweg nur Wunsch- oder Alptraum ist, je nach Geschmack.

WELTGESELLSCHAFT

Der Liberalismus als herrschende Staatsdoktrin durchdringt das Grundgesetz, beherrscht die Parteiprogramme der Altparteien und manifestiert sich täglich, mehr oder weniger sichtbar, in der Tagespolitik von CDU über die FDP bis zur SPD. Dabei werden seine Grundlage und Ziele selten so transparent wie anlässlich eines Vortrages von Oskar Lafontaine vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn Mitte September 1990. („Die Welt“ und „Frankfurter Allgemeine“ vom 18. 9. 90) Da wurde das ganze Repertoire Luftschlösser bemüht: Der Nationalstaat sei überholt, und nationale Souveränität gebe es in der Praxis schon gar nicht mehr. Lafontaine hält die den Deutschen eigene Auffassung für überholt, nämlich „den Begriff der Nation an Abstammung, an Völkisches zu binden“. Die Deutschen müßten zu einem universalistisch-republikanischen Nationsbegriff in der Tradition der Aufklärung finden. Der Weg nach Europa führe nur über einen Verfassungspatriotismus, und, seine Identität so neu definierend, sollte Deutschland fest in die westliche Gemeinschaft eingebunden werden, um eines nicht mehr fernen Tages in einem größeren Europa aufzugehen.

Gibt es sie aber wirklich, die westliche Wertegemeinschaft? Ist es wirklich Merkmal westlichen Staatsdenkens, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung habe längst die nationalen Souveränitäten außer Kraft gesetzt, wie Lafontaine meint? Wer das glaubt, vereinfacht die komplizierten und teils gegenläufigen Strömungen europäischer und amerikanischer Politik und Philosophie in schrecklicher und unzulässiger Weise. Der Begriff von der westlichen Wertegemeinschaft suggeriert eine Einheitlichkeit westlichen politischen Denkens, die es überhaupt nicht gibt.

Wer die sogenannte westliche Wertegemeinschaft bemüht, benutzt den Ausdruck gewöhnlich als Euphemismus für ein

politisches Modell, das geschichtlich gewachsene Größen wie Völker, Kulturen und Staaten als überholt ansieht, dem Fortschritt im aufklärerischen Sinne entgegenstehend und letztlich absterbend, abgelöst durch überstaatliche Verflechtungen und gesellschaftliche Strukturen. In der Tat sind derartige Strukturen mit dem tendenziellen Endziel universalistischer Geltung, ausgehend von den USA, im Vormarsch. Von den Vereinten Nationen über die Weltbank oder die Europäische Gemeinschaft spannt sich ein immer dichter werdendes Netz um den Einzelstaat und nimmt ihm mehr und mehr Entscheidungsbefugnis. Am Horizont steht die Vision der „One world“, das von liberalen Historikern erwartete Ende der Geschichte.

Das Wunschbild von der westlichen Wertegemeinschaft hat indessen häßliche Flecken. Ausgerechnet die Führer derjenigen Staaten, mit denen sich die deutschen Verfechter einer westlichen Wertegemeinschaft am innigsten verbunden fühlen möchten, sind vom Zwiespalt hin- und hergerissen. Einerseits hatten lange ausgerechnet ein François Mitterand und eine Margaret Thatcher überhaupt keine Neigung, zugunsten Europas irgend etwas von nationalstaatlicher Hoheit abzugeben. Die praktische Politik Frankreichs und Englands war über Jahrzehnte hinweg in ungebrochener Tradition nationalstaatlich orientiert. Wenn englische und französische Politik heute mit dem Gedanken spielt, Hoheitsrechte aufzugeben und, im lafontainschen Sinne, mit Deutschland gemeinsam in einem übernationalen Europa aufzugehen, dann gewiß nicht aus liberalistisch-universalistischer Überzeugung. Paris und London haben nur die Optionen, so die übereinstimmende Meinung internationaler Kommentare, das größere Deutschland in einem Europa einzubinden oder aber wirtschaftlich und geostrategisch langfristig an den Rand des Geschehens zu treten zugunsten eines deutsch-russisch dominierten Kontinentalblocks. (Alfred Zänker in „Die Welt“, 18. 9. 90)

Mit England und Frankreich meinen sich bundesdeutsche Politiker in westlicher Wertegemeinschaft zu befinden und sind doch in ihren Wolkenkuckucksheimen weit entfernt von jener handfesten Interessenpolitik, die immer noch rund um den Globus vorherrscht. Wie unsagbar deutsch ist doch ein Lafontaine, der die internationale politische Realität, den harten Machtkampf um Ressourcen, nicht sieht, und der allein seine auf einsamem geistigem Gipfel ausgebrüteten Ideen von „einem Europa“, von „einer Welt“ zum Maßstab politischen Handelns machen möchte, einer Welt, in der die lästigen politischen Realitäten, wie es die Nationen sind, keinen Platz mehr haben.

Während sich solche Träumer an die nur in ihrer Phantasie bestehende Wertegemeinschaft anbieten, denkt man in den Hauptstädten des Westens über geopolitische Szenarien des kommenden Jahrhunderts nach, bei denen die Frage der Anbindung Deutschlands an den angloamerikanischen, liberalistischen Wirtschaftsblock auf der einen Seite oder die Möglichkeit deutsch-russischer Kontinentalhegemonie auf der anderen Seite als Fragen der Zukunft erkannt werden.

Ausgerechnet aus einem der Zentren der „westlichen Wertegemeinschaft“ muß sich der Universalist Lafontaine durch den britischen Historiker Paul Kennedy (*Aufstieg und Fall der großen Mächte*, 1988) belehren lassen, daß die internationalen Beziehungen voraussichtlich anarchisch bleiben werden, d. h., es wird keine größere Autorität geben als die des souveränen, egoistischen Nationalstaats. Während die Hauptstädte des Westens einem ungebremsten nationalstaatlichen Egoismus frönen und immer nur so entscheiden, wie es für sie am vorteilhaftesten ist, dient der Köder der westlichen Wertegemeinschaft nur dazu, den jedem Gedanken an ihre Nation entwöhnten Deutschen einen Ofen abzubieten, an dem sie sich wärmen können, eine unverfängliche Ersatzidentität für Umerzogene, die in später Geburt eine Gnade erblicken, eine Leimrute, mit der die wirtschaftliche Potenz von 80 Millionen Deutschen eingefangen werden soll, auf daß sie nicht frei zwischen den Blöcken vagabundiere oder sich gar mit dem russischen Potential verbinde.

NATIONALE RENAISSANCE

Ein deutscher Sonderweg, der diesen Universalismen entgegensteht, existiert ebensowenig.

Deutschland ist nicht nur geographisch, sondern auch geistesgeschichtlich immer ein Land der Mitte gewesen, in dem sich geistige Ströme aller Himmelsrichtungen gekreuzt haben. Deutschland hat keineswegs einen Sonderweg verfolgt, der es von universalistischen Entwicklungstendenzen der übrigen Welt abgesondert hätte. In Deutschland sind schon seit jeher beide Tendenzen beheimatet, die universalistische wie auch die das Individuelle betonende nominalistische.

Das Deutschland des Hochmittelalters war geistiges Zentrum einer sich als christlich-universal verstehenden Reichsidee, der Idee des Reiches der gesamten Christenheit unter der Führung des deutsch-römischen Kaisertums. Dieses universalistische christliche Reich des Mittelalters wurde unterhöhlt und abgelöst durch den Nominalismus, als die christlich-moralische Weltordnung nicht mehr als allgemein verbindlich anerkannt wurde und sich erst philosophisch, dann politisch das Schwergewicht vom Reich auf seine territorialen Untergliederungen verlagerte. So lassen sich schon für das Mittelalter in Deutschland Traditionslinien universalistischer wie auch nominalistischer Herkunft ausmachen.

Wenn es für die deutsche Geschichte überhaupt einen gemeinsamen Nenner gibt, dann ist dies die immer wieder hin- und herwogende Auseinandersetzung zwischen universalistischen und nominalistischen Bestrebungen. Immer wieder wurden in Deutschland gedankliche Konzepte entworfen, die die Welt aus einem Guß zu erklären suchten und universale Geltung erheischten, sei dies die Lehre eines Karl Marx gewesen, sei es die fixe Idee, „das Weltjudentum“ und „die Freimaurer“ beherrschten hinter den Kulissen ja doch alles, oder sei es die One World-Gläubigkeit Bonner Liberaler. Dagegen stand aber auch immer das trotzige Beharren auf dem eigenen Standpunkt, stand ein Thomas Münzer, stand ein Martin Luther. Gerade das ständige Wechselspiel zwischen universalistischer Idee und eigenständigem Beharren ist es, das Deutschland seit Jahrhunderten kennzeichnet. Der universalistische, der große gedankliche Entwurf war schon im-

mer genauso Sache des Deutschen wie dessen Verwerfung, die Opposition, die Rebellion gegen übergestülpte Fremdbestimmung, sei sie geistiger oder sei sie handfesterer Art.

Heute steht Deutschland im Zentrum eines Kraftfeldes aus einander widerstrebenden und miteinander konkurrierenden geistigen Traditionslinien. Es steht in der Mitte zwischen dem Haus der Vereinten Nationen in New York als Sinnbild einer einheitlichen One World und einem Osteuropa erwachender Völker, die sich historisch in einer genau umgekehrten Phase befinden. Multinationale Verflechtung und bürokratische Vereinheitlichung im Westen, im Osten dagegen das überwältigende Streben der Völker nach nationaler Souveränität, nach Identität, nach Abgrenzung von der Supermacht Moskaus, nach Auflösung bestehender multinationaler und multikultureller Strukturen. Deutschland ist in dieses geistige und geopolitische Beziehungsnetz verstrickt, es wirken Einflüsse von beiden Seiten auf Deutschland ein, und es strahlen nach allen Seiten Einflüsse von Deutschland aus.

Der jeweilige Gegner ist nicht nur im Westen und nicht nur im Osten, das gilt für Westschwärmerei ebenso wie für deren Gegenteil. Dem Völkerfrühling mit seinen nationalen Impulsen im Osten steht die multinationale Moskauer Bürokratie entgegen und aus dem Westen kommt nicht nur die Botschaft der Wall-Street. Die Nation, so lesen wir erstaunt in einem Aufsatz des Amerikaners Harold James, der Geschichte in Princeton lehrt, „die Nation kompensiert die Vergänglichkeit der menschlichen Dinge“. („Die Nemesis der Einfalllosigkeit“, in *Frankfurter Allgemeine*, 17. 9. 90)

„Wir brauchen nationale Mythen – oder wenigstens stabile nationale Institutionen –, um mit der Tatsache der Veränderung zu Rande zu kommen“, lesen wir bei Harold James weiter, und diese „westliche“ Stimme aus Princeton ist so eindeutig „rechts“, so eindeutig nominalistisch, daß „Die Nemesis der Einfalllosigkeit“ sich passagenweise liest wie aus der Feder eines Armin Mohler. Harold James vernichtende Kritik zielt auf die deutsche Historikerriege der Gegenwart, sie trifft in voller Schärfe die lafontainsche Position zur nationalen Frage, und sie fegt zugleich die „liberale Version der deutschen Geschichte“ in den Orkus, die Deutschlands Katastrophen dem Umstand zuschrieb, daß es „bei der Hervorbringung einer liberalen Tradition versagt“ habe.

Erbarmungslos mißt James die liberalistische Doktrin an der Wirklichkeit. Da wurde jahrelang die Gesellschaft für real gehalten und die Nation für eine imaginäre Größe. Weltgeschichtliche Prozesse wurden nur noch als sozialgeschichtliche Phänomene diskutiert. Die Realitätsblindheit einer ganzen Historikergeneration und einer politischen Elite ist beispieldios. Die Nation, so resümiert James, hat aus der wissenschaftlichen Diskussion verbannt werden sollen. Wer sie als reales Phänomen nicht mehr wahrgenommen hat, versagte in seiner historischen Vorstellungskraft und in seiner Fähigkeit zu einer rationalen Lageanalyse.

Die tagespolitischen Ereignisse im früheren Ostblock zeigen nicht nur die Lebendigkeit der Nation als geschichtliches Phänomen, sie beweisen auch, daß der Übergang von der Diktatur zur Demokratie in den Staaten am einfachsten gewesen ist, in denen es ein stabiles Nationalgefühl gibt, und am traumatischsten dort, wo es Streit um Nationalitäten gibt.